

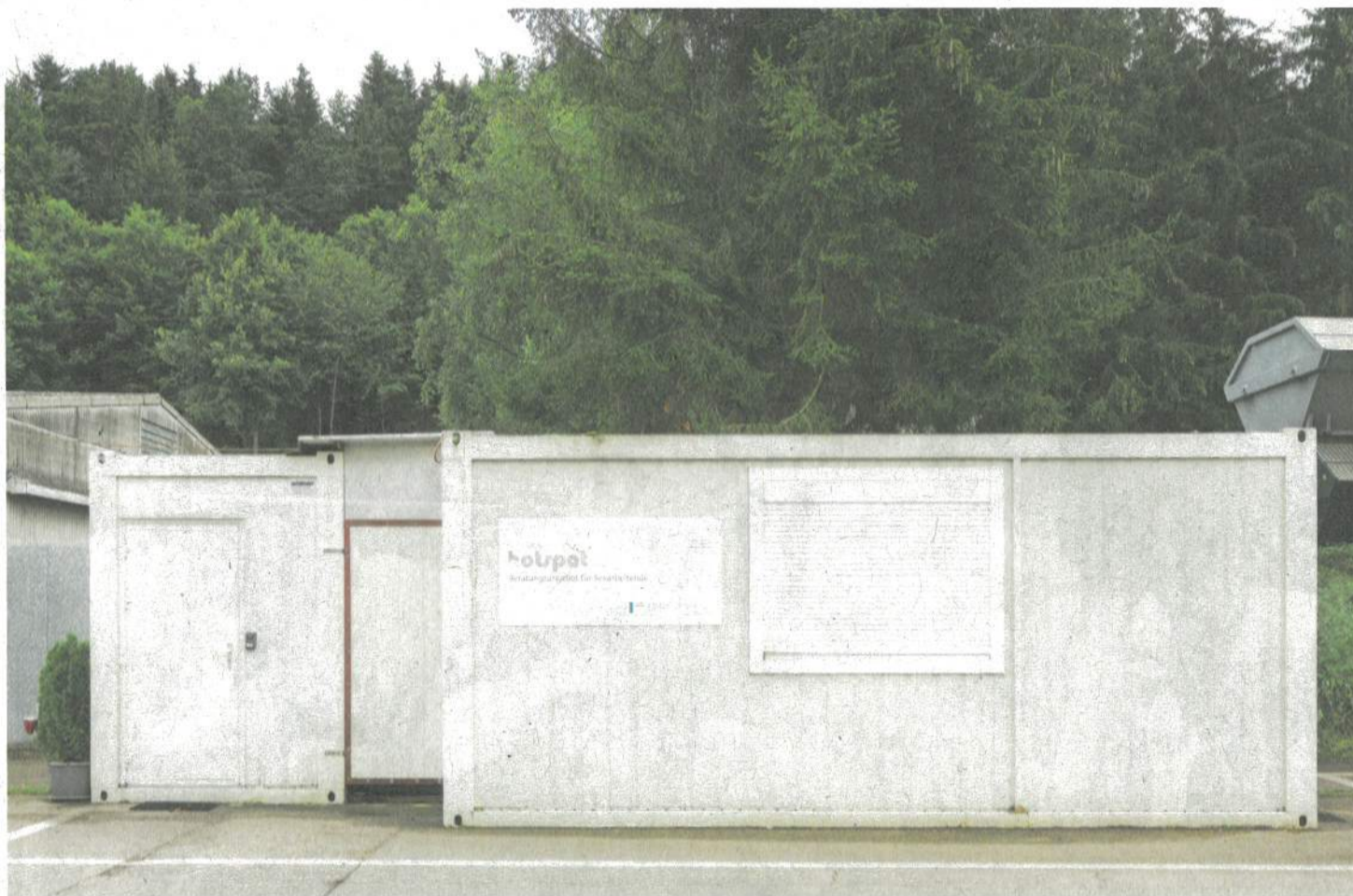
Panikraum für Sexarbeiterinnen

Wegen des abgelegenen Standorts kommt es beim Strassenstrich im Gewerbegebiet Ibach in der Stadt Luzern öfters zu gefährlichen Situationen. Bald können sich die Prostituierten rund um die Uhr an einen sicheren Ort begeben.

David von Moos

Im Stadtluzerner Gewerbegebiet Ibach, wo sich der Strassenstrich befindet, weist neu ein offizielles Strassenschild den Weg zu den Prostituierten. Dieses soll dazu beitragen, die Sicherheit der Sexarbeiterinnen zu verbessern. «Es soll erkennbar sein, dass der Strassenstrich offiziell ist und die Sexarbeit vor Ort legal. Durch die verbesserte Sichtbarkeit sollen die Sexarbeiterinnen besser vor Übergriffen geschützt werden», sagt Simon Rimle, Leiter Kommunikation bei der Stadt Luzern.

Beim Wegweiser allein soll es aber nicht bleiben. Die Stadt Luzern prüft weitere Massnahmen zur Verbesserung der Sicherheit beim Strassenstrich im Ibach. Derzeit ist etwa die Installation von Kameras ein Thema. Konkreter wird man bei der Stadt auch auf Nachfrage nicht. Es handle sich um eine Idee, die die Stadt verfolge. «Spruchreif ist noch nichts», so Rimle.



Nicht immer offen: der Beratungscontainer «Hotspot» des Vereins Lisa im Gewerbegebiet Ibach. Links im Bild die mit Code zugängliche Toilette. Hinzu kommt bald ein neuer Container, der als Panikraum dienen wird. Bild: Patrick Hürlimann (Luzern, 22. 7. 2024)

«Der aktuelle Standort im Industriegebiet Ibach ist nicht ideal: Er ist abgelegen, und es fehlt an sozialer Kontrolle.»

Eliane Burkart
Lisa-Geschäftsleiterin

sistiert. Im Falle neuer brauchbarer Hinweise werde der Fall wieder aufgenommen, heisst es bei der Nidwaldner Staatsanwaltschaft auf Anfrage.

Trotz verstärkter Patrouillentätigkeit der Polizei und zusätz-

lichem Sicherheitsdienst ist für Lisa-Geschäftsleiterin Eliane Burkart die Situation nach wie vor unbefriedigend: «Seit der Verlegung des Strassenstrichs vom Tribschenquartier ins Industriegebiet Ibach im Jahr 2012 wurde immer wieder deutlich, dass der aktuelle Standort nicht ideal ist. Der Standort ist abgelegen und es fehlt an sozialer Kontrolle. Die Sexarbeitenden haben keine Möglichkeit, sich an einen sicheren Ort zu begeben, wenn es auf der Strasse zu gefährlichen Situationen kommt.»

Neuer Zufluchts- und Aufenthaltsort

Der aktuelle Beratungscontainer «Hotspot» sei nicht immer offen, und so bleibe als einziger Schutzort die nur mit Code zugängliche kleine Toilette. Ungünstig am aktuellen Standort sei auch die Nähe zur Autobahn, was Tätern die Flucht vereinfache.

Ein zweiter Container soll deshalb für mehr Sicherheit sorgen. Vor rund zwei Wochen habe man die Baubewilligung der Stadt Luzern erhalten, so Burkart. «Der zweite Container ist für die Sexarbeitenden mittels Zahlencode rund um die Uhr zugänglich und dient als Sicherheits-, Zufluchts- und Aufenthaltsort.» Er werde mit einer weiteren Toilette und Schliessfächern ausgestattet sein.

Dennoch würden all diese Massnahmen das Problem des abgelegenen Standorts nicht lösen, mahnt Burkart. «Es braucht auf politischem Weg eine erneute Diskussion über das Gesetz der Strassenprostitution und die Erarbeitung weiterer Lösungen respektive Verbesserungen der Standortfrage.»

Alternative Standorte sind allerdings rar. Das entsprechende städtische Reglement schreibt vor, dass der Strassen-

strich ausschliesslich in der Industriezone liegen kann. Ein Ausweichen in die Agglomeration kam für die Stadt bisher nicht infrage. «Derzeit gehen wir davon aus, dass der Standort im Ibach die beste Lösung darstellt», hiess es im Mai 2023. Grundsätzlich scheint sich daran nicht viel geändert zu haben, wie eine erneute Nachfrage bei der Stadt Luzern ergibt. «Der Fokus liegt aktuell auf Optimierungen am derzeitigen Standort im Ibach», so Rimle.

Die dortige Situation ruft auch immer wieder die Politik auf den Plan. Zuletzt forderten die Grünen vom Stadtrat mehr Sicherheit für Prostituierte im Ibach. Im Kantonsparlament hat Mitte-Kantonsrätin Melissa Frey-Ruckli aus Buchrain zwei Vorstösse eingereicht, mit denen sie den Schutz der Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter im Kanton Luzern verbessern will.

Patientenstelle weniger gefragt

Stadt Luzern Patientinnen und Patienten aus der Region können sich bei Fragen über Krankenkassenabrechnungen oder Behandlungen an die Patientenstelle Zentralschweiz wenden. Doch das geschieht immer seltener, wie ein Blick in den aktuellen Jahresbericht zeigt. 247 Beratungen hat die in Luzern gelegene Stelle vergangenes Jahr verzeichnet. 2022 waren es noch 337 und ein Jahr zuvor 269 Beratungen. In den Vor-Corona-Jahren wurde die Patientenstelle jeweils über 400-mal pro Jahr kontaktiert.

Grund für den Rückgang ist ein verändertes Patientenverhalten, wie die Stelle im Jahresbericht schreibt. «Wir haben festgestellt, dass wir eher kontaktiert werden, wenn es um «grössere» Probleme geht, wie vermutete Behandlungsfehler oder hohe Rechnungen, bei Anliegen mit den Krankenkassen oder persönlichen Problemen jedoch selber nach Lösungen gesucht wird.» Für weitere Informationen dazu war die Patientenstelle wegen Ferienabwesenheit nicht erreichbar.

Ärzte sind Hauptgrund

In 76 Fällen standen die Anfragen im Zusammenhang mit Ärzten, sei es über Behandlungen, medizinische Unterlagen oder die Kommunikation. In 44 Fällen bezogen sich die Kontaktaufnahmen auf ein Spital, in 43 Fällen auf einen Zahnarzt. Die Krankenkassen waren in nur 22 Fällen Inhalt der Beratungen. Rund zwei Drittel der 247 Beratungen fanden telefonisch statt, 51 persönlich und 30 auf schriftlichem Weg.

Intensive Fälle, bei welchen ein Dossier angelegt wird, persönliche Besprechungen stattfinden, Korrespondenz geführt und mehrere involvierte Personen kontaktiert werden, gab es im Jahr 2023 deren 36. Davon betrafen genau die Hälfte den Kanton Luzern und 18 die restlichen Kantone der Zentralschweiz. Über zwei Drittel dieser Fälle werden in diesem Jahr noch weiterbearbeitet.

Stelle ist 40-jährig

Die Patientenstelle Zentralschweiz hat vor 40 Jahren ihr erstes Büro in der Luzerner Altstadt eröffnet und wird seit 2007 von Barbara Callisaya geleitet. Die Stelle wird zu einem grossen Teil von den Gemeinden und dem Kanton Luzern finanziert. Die übrigen Zentralschweizer Kantone beteiligen sich mit Beiträgen von zwischen 500 und 5000 Franken. Auch Mitglieder, Stiftungen, Gönner und Sponsoren tragen zum Betrieb der Stelle bei.

Wobei die Zahlungsmoral der Mitglieder offenbar sinkt. «Im letzten Jahr mussten über 50 Personen ausgeschlossen werden, welche seit drei oder mehr Jahren keine Zahlungen

Schwerer Unfall bei Eich fordert ein Todesopfer

Bei der Raststätte Inseli kollidiert ein Fahrzeug mit einem Verkehrsteiler und prallt in der Folge in das Heck eines parkierten Lastwagens. Fünf Menschen werden verletzt, eine weitere Person stirbt noch auf der Unfallstelle.

Der Unfall ereignete sich am Samstag Morgen auf der Autobahn A2 bei Eich. Kurz vor sieben Uhr kam ein Auto mit deutschen Kennzeichen in Fahrtrichtung Süd von der Fahrbahn ab. Wie die Luzerner Polizei mitteilt, kollidierte das Fahrzeug bei der Einfahrt zum Rastplatz



dass sie auf der Unfallstelle verstarb. Fünf weitere Personen im Auto wurden gemäss Polizeiangaben teilweise erheblich verletzt und mussten ins Spital gebracht werden. Zwei weitere Personen, die nicht am Unfall beteiligt waren, seien zur Untersuchung ebenfalls ins Spital ge-

den die Polizei, mehrere Teams des Rettungsdienstes 144, zwei Rettungshelikopter und die Feuerwehren Region Sursee und Emmen.

Für mehrere Stunden nur einstreifig befahrbar

Die Autobahn A2 war in Rich-